

Politische zivilgesellschaftliche Akteure in kommunalen Bildungslandschaften: Ganz anders?

Alexander Kanamüller und Christine Steiner

Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe » „Die Transformation der Zivilgesellschaft: Politisierung, Polarisierung und sozialer Zusammenhalt“

Politisierung der Zivilgesellschaft?

Angesichts der vielfältigen, einander ablösenden Umbrüche und Krisen der vergangenen Jahre sowie einer allgemeinen sozialen Beschleunigung gilt eine weitere Politisierung zivilgesellschaftlicher Akteure als realistisches Zukunftsszenario (Grande 2021). In diesem Zusammenhang lassen sich mehrere Entwicklungen anführen, etwa diverse Protestbewegungen, die als Indiz für eine verstärkte gesellschaftliche Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern gelten. Dazu zählen die eher dem linken politischen Spektrum zugerechneten Klimaproteste, die Me-Too- und Black-Lives-Matter-Bewegung ebenso wie die dem rechtskonservativen Lager zugeordneten Pegida- und Querdenker-Proteste oder die Identitätsbewegung. Eindrücklich in Erinnerung ist auch die von zivilgesellschaftlichen Akteuren geleistete Unterstützung Geflüchteter (Feischmidt et al. 2019), die jedoch ebenso mit einer gleichzeitigen Mobilisierung gegen die Aufnahme und zivilgesellschaftliche Unterstützung Schutzsuchender zusammenfiel (Vorländer 2021).

In der Dynamik aus Mobilisierung und Gegenmobilisierung, wie sie insbesondere in der Migrationspolitik sichtbar wird, spiegeln sich zentrale gesellschaftliche Konfliktthemen. Es geht um Fragen sozialer Des-/Integration, soziokultureller Einbindung und vor allem um soziale Identität. Diese Konflikte sind jedoch nicht neu: So waren Fragen soziokultureller Identität bereits für die Neuen Sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre ein zentrales Feld politischer Auseinandersetzungen (Raschke 1985 zit. nach Rucht 2021). Neu ist vielmehr, dass politisch gegensätzliche Protestkonglomerate heute weit in die Zivilgesellschaft hineinwirken und deren Wertbezüge sowie normative Grundlagen teils erheblich unter Druck setzen. Auch dies kann zur Politisierung zivilgesellschaftlicher Akteure beitragen. Zivilgesellschaftliche Akteure sind somit beides: als Protestbewegungen Treiber der Politisierung und als organisierte Zivilgesellschaft zugleich deren Gegenstand.

Das ist insofern bedeutsam, als zivilgesellschaftliche Akteure – insbesondere Organisationen – eng mit lokaler und regionaler Politik sowie Verwaltung verbunden sind, vor allem in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die zurückliegenden Reformen des Sozialstaats förderten zudem eine Neuausrichtung der Zusammenarbeit von Staat, Markt und Zivilgesellschaft (Heinze 2020; Olk et al. 2010). So zielen Ansätze des New Public Governance auf eine bürgernahe Regierungspraxis und betonen die Beziehungen zu Bürgerinnen und Bürgern bzw. ihren Interessenvertretungen. Zivilgesellschaftliche Akteure werden damit explizit als Mitwirkende und Mitgestaltende lokaler Politik adressiert (Zimmer 2024) – kurz: als politische Akteure.

Dies entspricht durchaus dem Selbstverständnis einer wachsenden Zahl zivilgesellschaftlicher Organisationen (ZGO). Die Befunde des ZiviZ-Surveys zeigen seit Längerem, dass immer mehr Organisationen einen politischen Gestaltungsanspruch verfolgen (Schubert et al. 2023). Vor diesem Hintergrund konzentriert sich der vorliegende Beitrag auf das zivilgesellschaftliche Bildungsengagement und geht der Frage nach, welche in kommunalen Bildungslandschaften aktiven ZGO durch ein politisches Selbstverständnis geprägt sind, was diese Organisationen auszeichnet und welche Position sie in kommunalen Bildungsnetzwerken einnehmen. Grundlage sind quantitative Befragungsdaten des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekts „Kooperationsbeziehungen zivilgesellschaftlicher Organisationen im kommunalen Raum“ (ZivilKoop). Die Ergebnisse zeigen, dass ein beträchtlicher Teil der ZGO mit Engagement in kommunalen Bildungslandschaften ein politisches, vor allem sozialpolitisches Selbstverständnis besitzt. Zugleich sind sie als gestaltende Akteure kaum in die Kommunalpolitik eingebunden und werden durch ihr Selbstverständnis politisch herausgefordert.

Theoretische Bezüge, politische Hintergründe und Forschungsstand

Wohlfahrtspluralistisch orientierte Politikansätze fordern seit geraumer Zeit eine angemessene Anerkennung und stärkere Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure – nicht nur als Ko-Produzierende, sondern auch als Mitgestaltende sozialer Leistungen und Dienste (Evers und Olk 1996). Bemerkenswert ist, dass dies ähnlich begründet wird wie das Entstehen neuer Protestbewegungen: Durch die dynamische, besonders internationale ökonomische und soziale Entwicklung stoßen staatliche wie marktförmige Formen der Wohlfahrtserbringung an Grenzen. Daher seien neue Formen der Verantwortungsteilung zwischen Staat, Markt sowie Bürgerinnen und Bürgern notwendig, wobei der Staat zentraler Träger sozialer Dienste bleibe.

Mit dem Verknüpfen der Leistungspotenziale verschiedener Akteure – sogenannter „Welfare Mixes“ – werden darüber hinaus Wohlfahrtssteigerungen und soziale Innovationen erhofft (Evers und Olk 1996). Diese Hoffnung gründet darin, dass mit einer Verlagerung öffentlicher Aufgaben auf die kommunale Ebene, der sogenannten Kommunalisierung, nicht nur eine effizientere Leistungserbringung, sondern auch die Chance auf eine größere Bürgernähe assoziiert wird (Grohs et al. 2012). Allerdings existieren solche lokalen, sektorübergreifenden Netzwerke oder Bündnisse auch unabhängig von formalen Aufgabenübertragungen der Bundes- und Landesebene. Sie sind sogar weit verbreitet und gelten als zielführende Lösungen für spezifische Problemlagen, etwa in der Armutsprävention, im Quartiersmanagement oder im Bildungsbereich. Sie entstehen durch das Engagement einzelner lokaler Akteure und/oder werden beispielsweise durch Förderprogramme gezielt unterstützt.

Gemeinsam ist diesen Verbünden die professions- und institutionenübergreifende Zusammenarbeit verschiedener Akteure, darunter auch ZGO. Der starke Fokus auf Zusammenarbeit ist ein zentrales Merkmal sozialinvestiver/-präventiver Konzepte der Sozial- und Bildungspolitik. Beispiele solcher professions- und institutionenübergreifenden Vernetzungen sind etwa Präventionsketten in der Armutsbekämpfung (Stolz 2024), der Ausbau von Ganztagschulen/-angeboten und die Etablierung von Bildungslandschaften (Arnoldt 2021; Bertelsmann Stiftung 2012).

Bildungslandschaften werden seit Mitte der 1990er Jahre in unterschiedlichen Akteurskonstellationen erprobt, etwa als Bildungsnetzwerke zur Schul-, Professions- oder Stadtteilentwicklung (Schmachtel und Olk 2017). Obwohl Stiftungen bei ihrer Initiierung eine wichtige Rolle spielen und Mitwirkungs-offerten meist sozial inklusiv formuliert sind, werden mögliche Beiträge von ZGO nur selten explizit thematisiert. Dies gilt besonders für jene kommunalen Bildungslandschaften, die seit über zehn Jah-

ren durch verschiedene Programme gefördert werden (u.a. Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement 2025).

In der Praxis sind kommunale Bildungslandschaften stark auf Verwaltungsstrukturen sowie ämter- und bereichsübergreifende Kooperation ausgerichtet. Nach dem Selbstverständnis der Mitarbeitenden besteht ihre Aufgabe darin, das kommunale Bildungsangebot zu steuern. In der Ausgestaltung orientieren sich Kommunalverwaltungen meist an Vorgaben bundesweiter Förderprogramme, an denen sie teilnehmen oder teilgenommen haben. Typisch sind die Einrichtung einer koordinierenden Stelle, von Steuerungs- und Arbeitsgruppen sowie der Aufbau datengestützter Informationsgrundlagen zur Unterstützung kommunaler Steuerung. Dies schließt jedoch eine eigenständige Angebotsgestaltung und die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure nicht aus, wie Fallstudien zeigen (Rürup und Röbbken 2015). Gleichwohl kritisieren zivilgesellschaftliche Akteure, dass ihre Rolle auf Service- und Unterstützungsleistungen reduziert wird (Kahl 2009) und sie häufig Mängel staatlicher Daseinsvorsorge ausgleichen müssen (Schubert et al. 2023). Dies verändert auch das Verhältnis zum Staat, etwa die Erwartung einer stärkeren finanziellen Unterstützung (Schubert et al. 2023).

Die empirischen Befunde zum zivilgesellschaftlichen Bildungsengagement und zur Steuerung kommunaler Bildungslandschaften ergeben kein einheitliches Bild. Unstrittig ist, dass das Engagement im Bildungsbereich seit über einem Jahrzehnt zunimmt, was u.a. auf veränderte politische Rahmenbedingungen zurückgeführt wird (Priemer 2024a, 2015). Ein wesentlicher Motor ist die steigende Zahl von Fördervereinen für Kitas und Schulen, also ZGO, die überwiegend mit pädagogischen Einrichtungen kooperieren und sich daher auch primär als Dienstleistende und Fördernde verstehen (Steiner et al. 2024; Schubert et al. 2023). Zugleich zeigt sich, dass sich ZGO mit Bildungsbezug häufiger als ZGO anderer Tätigkeitsfelder als Impulsgeber sozialen Wandels, Akteure politischer Willensbildung oder Sozialunternehmen verstehen (Priemer und Mohr 2018). Die kommunale Bildungslandschaft scheint dabei allerdings kaum eine Rolle zu spielen. Der überwiegende Teil der ZGO mit Bildungsbezug hat von diesem Ansatz zur kommunalen Bildungssteuerung noch nie gehört (Priemer 2024b). Auf der anderen Seite heißt das jedoch nicht, dass ZGO mit Bildungsbezug nicht mit Kommunalverwaltungen zusammenarbeiten. Gleichwohl wird die Zusammenarbeit mit der kommunalen Verwaltung in erster Linie von ressourcenstarken, etablierten zivilgesellschaftlichen Bildungsorganisationen getragen (Schlimbach et al. 2023). Kommunalverwaltungen und ZGO verfolgen dabei unterschiedliche Ziele, arbeiten jeweils stark binnenorientiert, wissen aber auch um ihre Interdependenz (Schlimbach et al. 2023).

ZGO mit Engagement im Bereich Bildung und Akteure der kommunalen Verwaltung sind allenfalls lose miteinander verbunden. Zudem scheint die Zusammenarbeit eher von dienstleistungsorientierten als von ZGO mit einer politischen Agenda getragen zu werden. Möglicherweise sind kommunale Bildungsnetzwerke für politische ZGO von geringer Relevanz, weil sie ihre politischen Anliegen eher in überregionalen politischen Arenen artikulieren. Letztlich sind die Gründe für die lose Verbindung der beiden genannten Akteursgruppen jedoch unklar.

Datenbasis und Analysestrategie

Datengrundlage der vorliegenden Untersuchung ist der ZivilKoop Online-Survey, der im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekts „Kooperationsbeziehungen zivilgesellschaftlicher Organisationen im kommunalen Raum“ (ZivilKoop) zwischen Herbst 2020 und Winter 2021 durchgeführt wurde. Die Befragung hatte einen kommunalen Zuschnitt und konzentrierte sich auf zwei ost- und zwei westdeutsche Kommunen. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland wurden eine kreisfreie Stadt und ein Landkreis für die Befragung der dort aktiven ZGO

ausgewählt. Auf Basis öffentlich zugänglicher Adressverzeichnisse wurde eine Bruttostichprobe von 2.867 Vereinen, Verbänden, Stiftungen, Initiativen sowie öffentlichen und kirchlichen Einrichtungen erstellt. Alle identifizierten Organisationen wurden zur Teilnahme an der Befragung eingeladen. Insgesamt haben sich 310 Organisationen beteiligt. Die bundesweite ZiviZ-Befragung von 2017 wies eine ähnliche Verteilung von Rechtsformen der befragten ZGO auf, sodass davon ausgegangen werden kann, dass der Survey die typischen ZGO-Strukturen abbildet (ausführlich Langner und Kanamüller 2024, S. 25).

Unter diesen 310 Organisationen befinden sich wiederum 187 Organisationen, die in einer kommunalen Bildungslandschaft aktiv sind, wobei ein Engagement in einer kommunalen Bildungslandschaft über das folgende Kriterium operationalisiert wurde: Eine ZGO ist im Umfeld von Kitas, Schulen oder Einrichtungen der beruflichen Aus- beziehungsweise Grundbildung aktiv und/oder engagiert sich auch jenseits der zuvor genannten Bildungsorganisationen für Kinder und/oder junge Menschen bis zu 20 Jahren. Diese 187 Organisationen bilden die Datenbasis für die in dieser Untersuchung durchgeführten Analysen.

Die Auswertung der Daten ist explorativ und deskriptiv ausgerichtet. Die statistische Analyse beginnt mit einer explorativen Faktorenanalyse organisationaler Selbstbeschreibungen, um dadurch jene Organisationen identifizieren zu können, die sich selbst (auch) als politisch beschreiben, aber auch, um dadurch jene Organisationen zu identifizieren, die kein politisches Selbstverständnis aufweisen. Anschließend werden diese beiden Gruppen miteinander verglichen. Dabei werden in erster Linie bivariate Gruppen- und Mittelwertvergleiche in Bezug auf Organisationsmerkmale sowie hinsichtlich der Position der ZGO innerhalb des Netzwerks einer kommunalen Bildungslandschaft durchgeführt.

Ergebnisse

Die Präsentation und Diskussion der erzielten Befunde strukturiert sich entlang der verfolgten Forschungsfragen: Welche ZGO, die in kommunalen Bildungslandschaften aktiv sind, verstehen sich (auch) als politisch? Was zeichnet diese spezifische Gruppe aus? Und welche Position nehmen sie in den Netzwerken kommunaler Bildungslandschaften ein?

Welche in kommunalen Bildungslandschaften aktiven ZGO haben ein politisches Selbstverständnis?

Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse der explorativen Faktorenanalyse organisationaler Selbstbeschreibungen. Die ermittelten vier Faktoren können als idealtypische Kontexte eines zivilgesellschaftlichen Engagements in kommunalen Bildungslandschaften interpretiert werden. Faktor 1 repräsentiert ein Engagement mit einer politischen Haltung, das zudem eine starke Öffentlichkeitsorientierung aufweist. Der Faktor wird durch die Items „Wir vertreten die Interessen Dritter oder ein bestimmtes Thema in der Öffentlichkeit“, „Wir bieten Dienstleistungen für bestimmte Zielgruppen an (unabhängig von der Mitgliedschaft)“, „Wir sind Träger von Angeboten, die an die allgemeine Öffentlichkeit gerichtet sind“ und „Wir vertreten eine Weltanschauung oder politische Haltung in der Öffentlichkeit“ repräsentiert, erkennbar an den starken Faktorladungen. Faktor 2 steht demgegenüber für ein mitgliederorientiertes sowie sozialintegratives Engagement. Dieser Faktor wird vor allem durch die beiden Items „Wir organisieren vor allem gemeinsame Aktivitäten für unsere Mitglieder“ und „Wir sind Träger rechtlich eigenständiger gemeinnütziger Einrichtungen (z.B. gGmbHs oder Vereine)“ bestimmt – Selbstbeschreibungen, die vor allem für ZGO in den Bereichen Sport sowie Freizeit und Geselligkeit typisch sind. Faktor 3 kann hingegen als ein Engagement im Bereich Selbsthilfe beschrieben werden. Hier laden vor allem die Items „Wir sind eine Selbsthilfeorganisation“ und „Wir sind eine Interessenvertretung oder

Lobbyorganisation für unsere Mitglieder“. Faktor 4 lässt sich als förderndes Engagement beschreiben. Hier ist es einzig das Item „Wir sind ein Förderverein“, das auf diesen Faktor lädt.

Tabelle 1: Explorative Faktorenanalyse organisationaler Selbstbeschreibungen

	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 4
Wir sind eine Selbsthilfeorganisation	0,0676	0,1699	0,4302	0,0789
Wir sind eine Interessenvertretung/Lobbyorganisation für unsere Mitglieder	0,2635	0,0249	0,5242	-0,0305
Wir vertreten die Interessen Dritter/ein bestimmtes Thema in der Öffentlichkeit	0,4178	-0,2646	0,2654	0,0811
Wir sind ein Förderverein	-0,0258	-0,1146	0,0163	0,3921
Wir organisieren vor allem gemeinsame Aktivitäten für unsere Mitglieder	0,0071	0,6306	0,1414	-0,0874
Wir bieten Dienstleistungen für bestimmte Zielgruppen an (unabhängig von der Mitgliedschaft)	0,6178	0,0012	0,2021	0,0596
Wir sind Träger von Angeboten, die an die allgemeine Öffentlichkeit gerichtet sind	0,6176	0,1052	0,0037	-0,0795
Wir vertreten eine Weltanschauung/politische Haltung in der Öffentlichkeit	0,3403	-0,1313	-0,1393	-0,1310
Wir sind Träger rechtlich eigenständiger gemeinnütziger Einrichtungen (z.B. gGmbHs oder Vereine)	0,0771	0,4723	-0,2360	0,1581

Quelle: ZivilKoop Online-Survey (2020/2021); jeweils Skala von 1 „trifft gar nicht zu“ bis 4 „trifft voll zu“; Varimax Rotation

Um nun jene Organisationen des Analysesamples bestimmen zu können, die sich selbst als politisch beschreiben, wird mit den vier auf den Faktor 1 ladenden Items eine additive Skala generiert und über alle Organisationen des Analysesamples hinweg der Skalen-Mittelwert ermittelt ($M=2,1$; $SD=0,76$; $n=143$). Jene Organisationen, die über dem Mittelwert liegen, gelten in diesem Beitrag als ZGO mit einem politischen Selbstverständnis. Organisationen mit einem Skalen-Wert von kleiner oder gleich dem Mittelwert gelten demgegenüber als ZGO ohne politisches Selbstverständnis. Diese beiden Gruppen sind mit nahezu gleichen Anteilen im hier analysierten Datensatz vertreten: 50,3% der in kommunalen Bildungslandschaften aktiven ZGO verstehen sich selbst nicht als politisch. Bei 49,7% der untersuchten Organisationen kann dagegen von einem politischen Selbstverständnis gesprochen werden.

Was zeichnet die ZGO mit einem politischen Selbstverständnis aus?¹ Blickt man auf zentrale Organisationsmerkmale, so zeigt sich, dass ZGO mit einem politischen Selbstverständnis jünger sind (politische ZGO: 32,3 Jahre, $n=71$; nicht-politische ZGO: 51,7 Jahre, $n=72$; $p<0,01$), häufiger über haupt- und/oder nebenberufliche Mitarbeitende verfügen (politische ZGO: 62,5%, $n=56$; nicht-politische ZGO: 35,6%, $n=59$; $p<0,01$) sowie häufiger angeben, Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe zu sein (politische ZGO: 29,9%, $n=67$; nicht-politische ZGO: 4,6%, $n=65$; $p<0,001$) als sich nicht als politisch

¹ Die im Folgenden präsentierten Befunde sind insofern robust, als sich inhaltlich nahezu deckungsgleiche Ergebnisse zeigen, wenn ausschließlich jene ZGO als „politisch“ kategorisiert werden, die bei dem Item „Wir vertreten eine Weltanschauung oder politische Haltung in der Öffentlichkeit“ hohe Zustimmungswerte (3 oder 4) aufweisen.

beschreibende ZGO. In der Tendenz sind politische ZGO also jüngere sowie professionalisierte Akteure und eher selten rein ehrenamtlich strukturierte Organisationen respektive traditionsreiche Vereine.

Interessant ist auch ein vergleichender Blick auf die Finanzierungsquellen. Sich als politisch verstehende ZGO finanzieren sich signifikant häufiger durch Zuwendungen der öffentlichen Hand (z.B. EU, Bund, Länder, Kommunen) sowie signifikant seltener über Mitgliedsbeiträge als sich nicht als politisch beschreibende ZGO. Mitgliedsbeiträge stellen bei den nicht-politischen Organisationen im Durchschnitt 56,3% der Organisationsfinanzen und bilden damit auch die hauptsächlich genutzte Finanzierungsquelle. Bei den politischen Organisationen liegt der entsprechende Anteil demgegenüber bei 36,8% (n politische ZGO=50; n nicht-politische ZGO=60; $p<0,01$). Genau umgekehrt verhält es sich mit Blick auf Zuwendungen der öffentlichen Hand. Bei den nicht-politischen Organisationen liegt deren durchschnittlicher Anteil an den Organisationsfinanzen bei 24,8%, wohingegen sich bei den politischen Organisationen ein durchschnittlicher Anteil von 49,3% ergibt (n politische ZGO=46; n nicht-politische ZGO=40; $p<0,001$). Damit sind Zuwendungen der öffentlichen Hand bei der Gruppe der sich als politisch verstehenden Organisationen zugleich die hauptsächlich genutzte Finanzierungsquelle.

Was zeichnet die spezifische Gruppe der ZGO mit einem politischen Selbstverständnis aus?

Die Spezifika der Gruppe der sich selbst als politisch verstehenden ZGO lassen sich noch besser konturieren, wenn deren Bildungsziele und -angebote mit jenen der nicht-politischen Zivilgesellschaft verglichen werden. Ein solches Vorgehen ermöglicht empirische Einsichten über die inhaltliche Ausrichtung des Bildungsengagements und damit auch über das Wirken respektive über Wirkungsansprüche in einer kommunalen Bildungslandschaft.

Mit Blick auf Bildungsziele zeigt sich, dass politische ZGO bedeutend häufiger eine Vielfalt von Bildungsangeboten in einer kommunalen Bildungslandschaft ermöglichen möchten (politische ZGO: 65,5%, n=55; nicht-politische ZGO: 40,0%, n=40; $p<0,05$). Sie verfolgen zudem in stärkerem Maße das Ziel der Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen an Bildung (politische ZGO: 75,0%, n=60; nicht-politische ZGO: 47,9%, n=48; $p<0,01$) sowie das Ziel, in ihrer jeweiligen Region zusätzliche Lern- und Freizeitangebote bereitzustellen (politische ZGO: 78,0%, n=59; nicht-politische ZGO: 56,1%, n=57; $p<0,05$). Politische Organisationen haben also stärker als nicht-politische Organisationen den Anspruch, eine kommunale Bildungslandschaft durch die Bereitstellung von Bildungsangeboten aktiv mitzugestalten und sind in diesem Zusammenhang auch stärker als nicht-politische Organisationen bestrebt, zu einer sozial gerechteren Bildungsteilhabe vor Ort beizutragen.

Richtet man den Blick auf die Bildungsangebote, wird deutlich, dass sich als politisch verstehende Organisationen signifikant häufiger Angebote konzipieren und umsetzen, die aktuelle gesellschaftliche Problemdeutungen adressieren: Im Vergleich zu nicht-politischen ZGO umfasst das Angebotsrepertoire der sich als politisch beschreibenden ZGO häufiger Angebote zur politischen Bildung (politische ZGO: 40,4%, n=57; nicht-politische ZGO: 24,2%, n=45; $p<0,1$), Angebote zur interkulturellen oder interreligiösen Verständigung (politische ZGO: 50,0%, n=60; nicht-politische ZGO: 24,7%, n=45; $p<0,01$) sowie Angebote im Bereich Umwelt und Naturschutz (politische ZGO: 54,6%, n=55; nicht-politische ZGO: 24,2%, n=45; $p<0,01$). Das organisationale Selbstverständnis der sich als politisch verstehenden ZGO korrespondiert also offenbar auf der Ebene der vorgehaltenen Bildungsangebote sowie mit einer Orientierung an aktuellen gesellschaftlichen Themen. Das heißt, dass politische ZGO, die in kommunalen Bildungslandschaften aktiv sind, nicht nur am aktuellen gesellschaftlichen Diskurs partizipieren (möchten), sondern ebenso mit konkreten Angeboten zu aktuellen gesellschaftlichen Themen aktiv sind und somit ihre politischen Positionierungen ebenso in konkrete Praxis übersetzen.

Welche Position nehmen sich als politisch verstehende ZGO in kommunalen Bildungslandschaften bzw. Bildungsnetzwerken ein?

Da sich kommunale Bildungslandschaften wie eingangs beschrieben durch einen starken Fokus auf Kooperation und Vernetzung auszeichnen, ist es für eine angemessene Beschreibung der in einer kommunalen Bildungslandschaft aktiven und sich selbst als politisch beschreibenden ZGO ebenso erforderlich, einige empirische Aussagen zu deren Position in kommunalen Bildungsnetzwerken zu treffen.

Drei Befunde sind hierbei hervorzuheben: Erstens sind politische ZGO offenkundig bedeutend stärker innerhalb einer kommunalen Bildungslandschaft vernetzt als nicht-politische ZGO. Blickt man auf die durchschnittliche Anzahl der interorganisationalen Kooperationen, so zeigt sich bei den nicht-politischen Organisationen ein Wert von 2,1 und bei den politischen Organisationen ein Wert von 9,9 (n politische ZGO=65; n nicht-politische ZGO=69; $p<0,001$). Dieser bedeutend größere Vernetzungsgrad hat sicherlich auch mit größeren personellen Ressourcen und hier vor allem mit dem häufigeren Vorhandensein von haupt- sowie nebenberuflichen Mitarbeitenden auf Seiten der politischen ZGO zu tun (Kanamüller und Langner 2024). Gleichwohl dürften aber auch das politische Selbstverständnis und die damit einhergehende Öffentlichkeitsorientierung zu diesem weitaus größeren Vernetzungsgrad beitragen.

Zweitens fällt auf, dass politische Organisationen zwar auffällig selten in kommunale Gremien (z.B. Fachbeirat, Lenkungsgruppe, Bildungsausschuss) eingebunden sind, zugleich jedoch signifikant häufiger von einer Gremienzugehörigkeit berichten als nicht-politische ZGO. Bei den politischen Organisationen beträgt der Anteil der in kommunale Gremien eingebundenen Organisationen 16,9%, bei den nicht-politischen Organisationen beläuft sich dieser Anteil auf lediglich 2,3% (n politische ZGO=71; n nicht-politische ZGO=72; $p<0,01$). Ein kleiner Teil der politischen Organisationen arbeitet also über kommunale Gremien mit der kommunalen Verwaltung zusammen und kann in diesen Formaten Anliegen und Vorschläge zur kommunalen Bildungsgestaltung vorbringen. Ob hier jedoch auch Möglichkeiten zur tatsächlichen Mitbestimmung der kommunalen Bildungssteuerung vorliegen, kann mit den vorliegenden Daten nicht beantwortet werden. Gleichwohl wird anhand dieses Befunds sowie anhand des Ergebnisses zum Vernetzungsgrad deutlich, dass politische ZGO in der Regel mit anderen (zivilgesellschaftlichen) Akteuren und nicht mit der kommunalen Verwaltung vernetzt sind und daher nur selten die Möglichkeit haben, kommunale Bildungspolitik aktiv mitzugestalten.

Gleichzeitig, und das ist der dritte zentrale Befund, artikulieren jedoch 51,2% der politischen ZGO den Wunsch nach mehr Möglichkeiten der kommunalen Mitbestimmung ($n=41$). Bei den nicht-politischen ZGO ist dieser Anteil mit 41,4% auffällig geringer ($n=29$). Politische Organisationen haben also mehrheitlich, und auffällig häufiger als nicht-politische Organisationen, den Wunsch, die kommunale Bildungsplanung und -steuerung aktiv mitzubestimmen, sehen diesen Wunsch aber aktuell noch nicht eingelöst. Die Gründe dafür sind vielfältig: Fehlende oder keine geeigneten Partizipationsformate in kommunalen Bildungslandschaften, eine fehlende Kenntnis auf Seiten der kommunalen Verwaltung um die örtliche Präsenz von sich als politisch verstehenden und mitgestaltungsaffinen ZGO, die Binnenorientierung kommunaler Verwaltungen, welche sich zugleich hemmend auf Öffnungsprozesse auswirkt (Schlimbach et al. 2023) sowie mögliche politische Differenzen zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft, welche eine zivilgesellschaftliche Partizipation in der kommunalen Bildungspolitik zusätzlich erschweren oder womöglich sogar verhindern kann.

Fazit

Im vorliegenden Beitrag wurde gezeigt, dass politisch orientierte ZGO in kommunalen Bildungslandschaften eine besondere, bislang jedoch nur unzureichend verstandene Rolle einnehmen. Das empirische Bild zeichnet sie als professionalisierte, vergleichsweise junge und stark außenorientierte Akteure, deren Selbstverständnis von einem klaren Gestaltungsanspruch geprägt ist. Ihre Aktivitäten zielen darauf, Bildungsprozesse sozial gerechter zu gestalten und damit strukturelle Ungleichheiten abzubauen und zu vermeiden. Anders als etwa klassische Advocacy Groups, die primär auf politische Einflussnahme setzen (Speth 2019), treten politisch orientierte ZGO vor allem auch mit eigenen Angeboten und Maßnahmen in der Bildungsarbeit in Erscheinung. Sie finanzieren sich häufig über öffentliche Mittel und gestalten ihre Inhalte entlang aktueller gesellschaftlicher Problemdeutungen.

Gerade in kommunalen Bildungslandschaften könnten solche Organisationen zentrale Partner sein, da sie sowohl Expertise als auch ein hohes Maß an Engagement einbringen. Tatsächlich nehmen sie häufig bereits eine bedeutende Stellung ein. Gleichwohl zeigt sich eine bemerkenswerte Diskrepanz zwischen ihrer potenziellen Relevanz und den tatsächlichen Möglichkeiten der Mitgestaltung. Obwohl politisch orientierte ZGO über umfangreiches Sozialkapital verfügen, handelt es sich – mit Blick auf die kommunale Verwaltung – meist nicht um überbrückendes Sozialkapital (Putnam 2000). Ihre Netzwerke sind stark innerhalb der eigenen zivilgesellschaftlichen Felder, weniger jedoch in administrativen Strukturen verankert.

Dies ist insofern bedeutsam, als viele dieser Organisationen explizit den Wunsch äußern, stärker in kommunale Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse eingebunden zu werden. Die Analyse legt jedoch nahe, dass strukturelle Barrieren dieser Einbindung bislang im Wege stehen.

Politisch orientierte ZGO sind keineswegs „ganz anders“, doch sie heben sich innerhalb der zivilgesellschaftlichen Landschaft als besonders politikaffine und gestaltungsorientierte Akteure hervor. Sie bringen genau jene Qualitäten mit, die dem Konzept der kommunalen Bildungslandschaften entsprechen, werden jedoch durch bestehende Rahmenbedingungen nur begrenzt erreicht. Offen bleibt schließlich, wie diese Organisationen auf die zunehmende Politisierung der Zivilgesellschaft entlang neuer gesellschaftlicher Konfliktlinien reagieren werden. Ob sich daraus auch auf kommunaler Ebene vertiefte Kooperationen, neue Spannungsverhältnisse oder gänzlich neue Formen zivilgesellschaftlicher Bildungspraxis ergeben, stellt eine zentrale, zukünftigen Forschungsbemühungen vorbehaltene Frage dar.

Literatur

- Arnoldt, Bettina. 2021. *Förderliche Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Zieldimensionen der Ganztagsschule in der Kooperation mit außerschulischen Partnern*. Kumulative Dissertation. Justus-Liebig-Universität Gießen. <http://dx.doi.org/10.22029/jlupub-611>
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). 2012. *Ganztagsschule als Hoffnungsträger für die Zukunft: Ein Reformprojekt auf dem Prüfstand*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Evers, Adalbert, und Thomas Olk. 1996. Wohlfahrtspluralismus – Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffes. In *Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft*. Hrsg. Adalbert Evers und Thomas Olk, 9–61. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Feischmidt, Margit, Ludger Pries und Celine Cantat (Hrsg.). 2019. *Refugee Protection and Civil Society in Europe*. London, NY: Palgrave Macmillan.

- Grande, Edgar. 2021. Entwicklungen und Herausforderungen der Zivilgesellschaft in Deutschland. In *Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke*. Hrsg. Brigitte Grande, Edgar Grande und Udo Hahn, 103–112. Bielefeld: transcript.
- Grohs, Stephan, Jörg Bogumil und Sabine Kuhlmann. 2012. Überforderung, Erosion oder Aufwertung der Kommunen in Europa? Eine Leistungsbilanz im westeuropäischen Vergleich. *dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 5(1):125–148.
- Heinze, Rolf G. 2020. *Gesellschaftsgestaltung durch Neujustierung von Zivilgesellschaft, Staat und Markt*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kahl, Heike. 2009. Bildungslandschaften und Zivilgesellschaft – ein stiftungspolitischer Exkurs. In *Lokale Bildungslandschaften: Perspektiven für Ganztagsschulen und Kommunen*. Hrsg. Petra Bleckmann und Anja Durdel, 251–264. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kanamüller, Alexander, und Ronald Langner. 2024. Am Rande der Bildungslandschaft. Aktive, aber unbundene zivilgesellschaftliche Organisationen. In *Gemeinsam für bessere Bildung?! Zivilgesellschaftliche Akteure in kommunalen Bildungslandschaften*. Hrsg. Christine Steiner, Alexander Kanamüller, Ronald Langner und Tabea Schlimbach, 39–57. Weinheim: Juventa.
- Langner, Ronald, und Alexander Kanamüller. 2024. Inklusive und exklusive Kooperationen im Bildungsbereich. Eine differenzierte Betrachtung von zivilgesellschaftlichen Kooperationsstilen. In *Gemeinsam für bessere Bildung?! Zivilgesellschaftliche Akteure in kommunalen Bildungslandschaften*. Hrsg. Christine Steiner, Alexander Kanamüller, Ronald Langner und Tabea Schlimbach, 20–38. Weinheim: Juventa.
- Olk, Thomas, Ansgar Klein und Birger Harnuß (Hrsg.) 2010. *Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Priemer, Jana. 2015. *ZIVIZ-Survey. Zivilgesellschaftliches Engagement für Bildung*. Berlin: ZIVIZ im Stifterverband.
- Priemer, Jana, und Veronika Mohr. 2018. *Vereine, Stiftungen und Co: Die neuen Bildungspartner? ZiviZ-Survey 2017*. Berlin: ZIVIZ im Stifterverband.
- Priemer, Jana. 2024a. Civil Society in Transition: The Case of Germany in the Field of Education. *Nonprofit Policy Forum* (aop). <https://doi.org/10.1515/npf-2023-0057>
- Priemer, Jana. 2024b. Zivilgesellschaft in der Bildungslandschaft. Status Quo und Forschungsbedarfe. In *Gemeinsam für bessere Bildung?! Zivilgesellschaftliche Akteure in kommunalen Bildungslandschaften*. Hrsg. Christine Steiner, Alexander Kanamüller, Ronald Langner und Tabea Schlimbach, 77–89. Weinheim: Juventa.
- Putnam, Robert. 2000. *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon and Schuster.
- Raschke, Joachim. 1985. *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*. Frankfurt, New York: Campus.
- Rucht, Dieter. 2021. Neue Konflikte und neue soziale Bewegungen in Deutschland. In *Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke*. Hrsg. Brigitte Grande, Edgar Grande und Udo Hahn, 61–78. Bielefeld: transcript.
- Rürup, Matthias, und Heinke Röbbken. 2015. Kommunale Akteurskonstellationen in der Ganztagsbildung. Eine Fallstudie aus Niedersachsen. *Journal for Educational Research Online* 7(1):125–151.
- Schmachtel, Stefanie, und Thomas Olk. 2017. Educational Governance in kommunalen Bildungslandschaften: Empirische Befunde und kritische Reflexionen – eine Einführung. In *Educational Governance in kommunalen Bildungslandschaften*. Hrsg. Thomas Olk und Stefanie Schmachtel, 10–51. Weinheim: Beltz/Juventa.
- Schubert, Peter, David Kuhn und Birthe Tahmaz. 2023. *ZIVIZ-Survey 2023. Zivilgesellschaftliche Organisationen im Wandel – Gestaltungspotenziale erkennen. Resilienz und Vielfalt stärken*. Berlin: ZIVIZ im Stifterverband.
- Schlimbach, Tabea, Alexander Kanamüller, Ronald Langner und Christine Steiner. 2023. Zusammenarbeit für Bildung. Kommunale Koordinierung und Vernetzungspraktiken mit Zivilgesellschaft. In *Bildungskommunen. Bedeutung und Wandel kommunaler Politik und Verwaltung im Bildungswesen*. Hrsg. Christian Brüggemann, Björn Hermstein und Rita Nikolai, 144–163. Weinheim: Juventa.

- Speth, Rudolf. 2019. Interessenvertretung durch NPOs. In *Nonprofit-Organisationen vor neuen Herausforderungen*. Hrsg. Annette Zimmer und Thorsten Hallmann, 243–259. Springer VS, Wiesbaden.
- Steiner, Christine, Alexander Kanamüller und Ronald Langner. 2024. Zusammen ganz anders? Zu den Verhältnissen zwischen Zivilgesellschaft und ganztägiger Bildung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 37(4):536–547.
- Stolz, Heinz Jürgen. 2024. Beteiligung neu denken. Bildungslandschaft und Zivilgesellschaft. In *Gemeinsam für bessere Bildung?! Zivilgesellschaftliche Akteure in kommunalen Bildungslandschaften*. Hrsg. Christine Steiner, Alexander Kanamüller, Ronald Langner und Tabea Schlimbach, 178–191, Weinheim: Juventa.
- Transferinitiativ Kommunales Bildungsmanagement. 2025. Bildungskommunen. <https://www.transferinitiativ.de/> (Zugegriffen: 15. Nov. 2025).
- Vorländer, Hans. 2021. Migrationsgesellschaft und Zivilgesellschaft. In *Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke*. Hrsg. Brigitte Grande, Edgar Grande und Udo Hahn, 165–182. Bielefeld: transcript.
- Zimmer, Annette. 2024. Zivilgesellschaft. Ein multidimensionales Konzept und ambitioniertes Projekt. In *Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste*. Hrsg. Christoph Gille, Andrea Walter, Hartmut Brombach, Benjamin Haas und Nicole Vetter, 107–119. Baden-Baden: Nomos.